



Die Rendite im Blick

Aktienmärkte. Durch die Flucht der Anleger in sichere Bundesanleihen und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bekommen Investoren derzeit für ihre Spargroschen nicht einmal einen Inflationsausgleich. Eine höhere Rendite erzielen Aktien, die sich momentan im Höhenflug befinden.

Nachdem der Deutsche Aktienindex (DAX) im März schon einmal die Marke von 8.000 Punkten durchbrach, bewegt er sich aktuell etwas darunter – gleichwohl ist er auf dem besten Weg, sein Rekordhoch vom 13. Juli 2007 zu knacken, als er 8.151

Punkte erreichte. Der DAX profitiert davon, dass die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen nur 1,3 Prozent beträgt, die Inflationsrate jedoch bei 1,5 Prozent liegt – Sparer also derzeit real einen Verlust von 0,2 Prozentpunkten erleiden.

Um das Vermögen vor der Inflation zu schützen, bleiben nur vergleichsweise riskantere Anlagen – zum Beispiel Aktien. Sie bescherten Anlegern zuletzt das meiste Geld (Grafik):

Wer Anfang des Jahres 2012 die Summe von 10.000 Euro in DAX-Werte investierte, hatte ein Jahr später einen Depotwert von 12.800 Euro.

Ein weiterer Grund für den Boom des DAX ist die Geldpolitik der EZB. Zum einen senkte sie den Leitzins auf 0,75 Prozent, zum anderen kaufte sie im großen Stil Staatsanleihen von Euro-Krisenländern, um den Euro zu retten. Dadurch konnte die Eurozone zwar vorübergehend stabilisiert werden, langfristig besteht allerdings die Gefahr, dass die hohe Liquidität die Kurse von Aktien und Anleihen in die Höhe treibt.

Niedrigzinsen und fehlende Anlagealternativen könnten so Spekulationsblasen anfeuern. Die Anleger kaufen dann mehr oder weniger blind jede Aktie. Dies ist derzeit eher nicht der Fall. Der DAX ist ein Performanceindex, das heißt, die →



Inhalt

Tarifpolitik. Maßvolle Lohnabschlüsse können EU-weit helfen, die Ungleichgewichte in der Eurozone zu nivellieren.
Seite 3

Großstädte. Die deutschen Metropolen wachsen, allen voran München: Seit 2000 legte dort die Einwohnerzahl um 14 Prozent zu.
Seite 4-5

Bürokratieabbau. Die Regierung betont ihre Erfolge beim Abbau von Vorschriften, doch die Wirtschaft ächzt nach wie vor unter der Bürokratie.
Seite 6

Bankenregulierung. Bis 2018 müssen Kreditinstitute deutlich mehr Eigenkapital vorweisen, um ihre Kreditgeschäfte abzusichern.
Seite 7

Emissionshandel. Die EU-Kommission möchte 900 Millionen Zertifikate zurückhalten, um den Preisverfall beim Emissionshandel zu stoppen.
Seite 8

**Institut der deutschen
Wirtschaft Köln**

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ ausgeschütteten Dividenden fließen mit in die Indexberechnung ein. Die hohen Dividenden der DAX-Unternehmen haben also einen Anteil am Kursfeuerwerk: Während der DAX insgesamt seit September 2011 um gut 40 Prozent gestiegen ist, lag der Anstieg der reinen Kurse bei 35 Prozent (Grafik).

Gegen eine Blase spricht auch das langfristige Kurs-Gewinn-Verhältnis, das bei einem Wert von 15 liegt. Wäre Spekulation im Spiel, würden die Anleger derzeit weit mehr für ihr Portfolio auf den Tisch legen. Doch dem ist nicht so:

Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg spiegelt der derzeitige Kurs des DAX in etwa den 15-fachen Jahresgewinn der Konzerne wider.

Und so spricht einiges dafür, dass die Kursrallye des DAX anhält:

- Solange die Eurokrise andauert, wird die EZB ihre Niedrigzinspolitik beibehalten.
- Solange die Staatsanleihen der EU-Krisenländer ausfallgefährdet



++ Interview +++ Interview +++ Interview

Nachgefragt bei Markus Demary, Referent für Geldpolitik und Finanzmärkte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Würden Sie Anlegern im Moment raten, in Aktien zu investieren?

Auf das schnelle Geld sollte man nie setzen, sondern langfristig denken. Im Jahr 1983 lag der DAX bei 600 Punkten, heute kratzt er an der 8.000er-Marke. Wer zwischendurch nicht verkauft hat, konnte seinen Einsatz um das 13-Fache steigern. Kleinaktionäre sollten jedoch nicht alle Eier in einen Korb legen: Es gibt ja auch noch Sparbriefe, Fonds und Rentenversicherungen.

Die Lage in Korea spitzt sich weiter zu, die EU bemüht sich um die Rettung Zyperns. Wie beeinflussen diese Ereignisse den DAX?

Solche Ereignisse können den Markt nervös machen. Dann ist mit stärkeren Kursschwankungen zu rechnen, also höherer Volatilität. Der VDAX, der die Volatilität des DAX misst, deutet aber auf ruhige Zeiten an der Börse hin. Für die Märkte scheinen aktuell eher die hohen Gewinne der Unternehmen ausschlaggebend zu sein. Dieses Jahr schütten die DAX-30-Konzerne voraussichtlich 30 Milliarden Euro an Dividenden aus.

Für Deutschland wird für 2013 ein eher mageres Wachstum prognostiziert.

Wie kann der DAX da weiter steigen?

Zurzeit mangelt es an sicheren Anlageformen, mit denen Gewinne erzielt werden können. Der Aktienmarkt wird dadurch besonders attraktiv. Dazu kommt das billige Geld der Notenbanken. Trotz des mäßigen Wirtschaftswachstums kann es so zu einem Bullenmarkt kommen, vorausgesetzt eine Rezession ist unwahrscheinlich.

sind, bleiben Bundesanleihen stark gefragt – und die Renditen niedrig.

- Auch die verschärften Eigenkapital-Anforderungen an Banken und Versicherungen (Stichwort Basel III, vgl. Seite 7) stärken die Nachfrage

nach sicheren Staatsanleihen – was deren Renditen ebenfalls drückt.

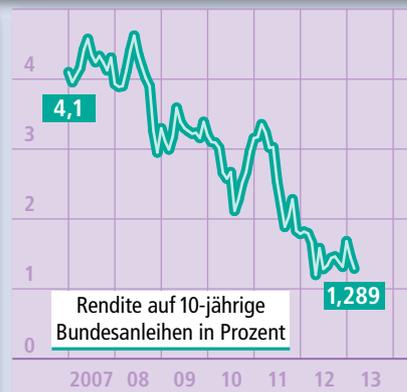
- Die DAX-Konzerne profitieren weiter von den boomenden Ländern.
- Die Konjunktur in Deutschland wird vermutlich anziehen.

Niedrigzinsen bringen den DAX in Fahrt

Der DAX ist der Leitindex für den deutschen Aktienmarkt. Er zeigt die Entwicklung der 30 größten an der Frankfurter Börse gelisteten Unternehmen. Um den Index zu berechnen, werden die Kurse von ausgewählten Aktien der DAX-Gesellschaften unterschiedlich gewichtet – die 30 DAX-Unternehmen beeinflussen den Leitindex also nicht gleich. Bei der Gewichtung zählt nur der Wert der frei handelbaren Aktien und nicht der gesamte Börsenwert des Unternehmens. Der Deutsche Aktienindex wird sowohl als Performance- als auch als Kursindex veröffentlicht.

Jeweils letzter Monatswert

licht. Mit der üblichen Bezeichnung DAX ist der Performanceindex gemeint. Bei dessen Berechnung werden Dividenden und sonstige Zahlungen an die Aktionäre in den Index reinvestiert. In die Berechnung des Kursindex gehen die Dividenden nicht ein; hier wird der Indexstand auf Grundlage der Aktienkurse ermittelt. Der Kursindex notiert daher unter dem Performanceindex. Der Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) ist der Zinssatz, den die Banken für zeitlich begrenzte Refinanzierungskredite bei der EZB zahlen.



Quelle: Bloomberg

Lohndisziplin erforderlich

Tarifpolitik. Deutschland hat im Zuge der Wiedervereinigungseuphorie Anfang der 1990er Jahre über seine Verhältnisse gelebt – die Löhne stiegen schneller als die Produktivität, das Land wurde zum kranken Mann Europas. Maßvolle Lohnabschlüsse haben anschließend die Situation gedreht. Die wiedererlangte Wettbewerbsfähigkeit darf jetzt nicht verspielt werden.

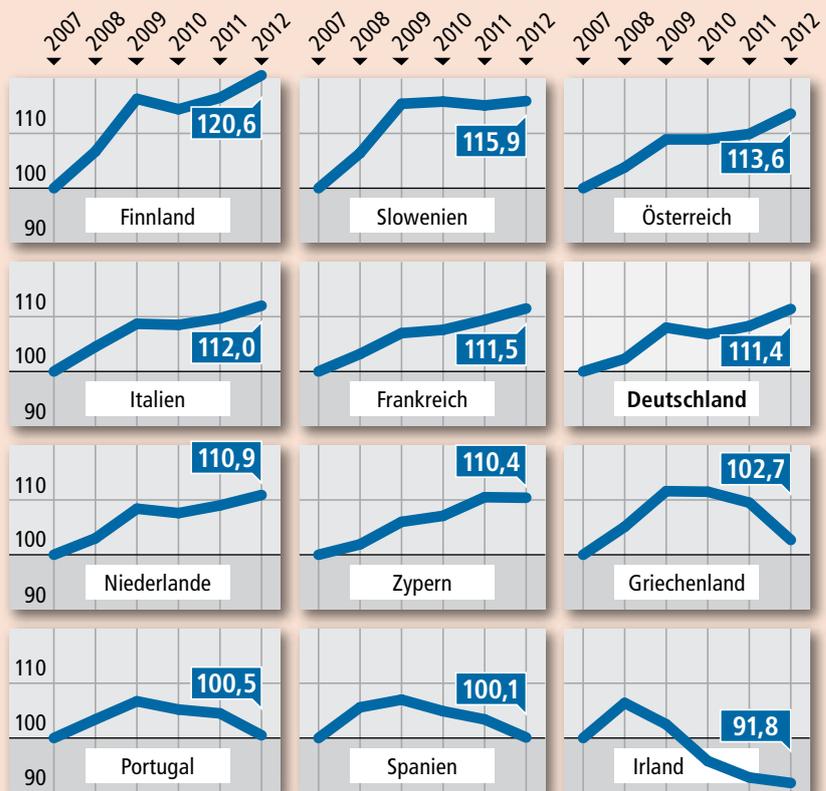
Die Gewerkschaften fordern, die Löhne hierzulande in diesem Jahr um durchschnittlich 5 Prozent zu erhöhen. So soll etwas für die Kaufkraft der Deutschen getan werden. Die Idee dahinter: Eine kräftige Stimulierung der deutschen Konsumnachfrage erhöht die Importe nach Deutschland und trägt so zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa bei.

Mit einer solchen Strategie würde allerdings etwas aufgegeben, was entscheidend mit dazu beigetragen hat, die deutsche Volkswirtschaft zur robustesten EU-Ökonomie zu machen – die weitgehende Orientierung der Lohnsteigerungen an der Produktivitätsentwicklung. Dadurch blieben die Lohnstückkosten, also die Arbeitskosten je produzierter Gütereinheit, über viele Jahre hinweg stabil. Der starke Lohnstückkostenanstieg der frühen 1990er Jahre konnte auf diese Weise korrigiert und so die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Vor allem Gewerkschafter und Sozialpolitiker haben diese Lohnpolitik immer wieder kritisiert – zu Unrecht. Während der Stagnationsphase in den Jahren 2002 bis 2004 wurde beklagt, die maßvollen

Lohnstückkosten: Krisenländer halten Maß

Lohnstückkosten in Euroländern, 2007 = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde; Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 16

Lohnabschlüsse brächten keine neuen Jobs. Als dann ab 2005 im Zusammenspiel mit den Hartz-Reformen ein rasanter Beschäftigungsaufbau einsetzte, wurde bemängelt, es entstünden nur prekäre Arbeitsverhältnisse. Als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg, musste sich die deutsche Lohnpolitik schließlich vorwerfen lassen, sie schade dem Ausland.

Doch die lohnpolitische Disziplinlosigkeit vieler Länder der Eurozone ist nicht der deutschen Lohnpolitik anzulasten. Außerdem hat die gute Arbeitsmarktentwicklung die Binnenkaufkraft gestärkt, was auch den europäischen Partnerländern zugutekam – etwa über die Ausgaben deutscher Touristen.

Die Ungleichgewichte in der Eurozone lassen sich am besten abbauen, indem überall in der EU

mehr Lohndisziplin geübt wird. Die Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien haben hier erste Erfolge vorzuweisen (Grafik).

In der wichtigsten deutschen Industriebranche, der Metall- und Elektroindustrie, haben die Lohnstückkosten dagegen 2012 um 6 Prozent zugelegt.

Einige Politiker und Wissenschaftler befürchten nun, dass sich die Krisenländer der Eurozone einen Lohnwettbewerb nach unten liefern könnten. Wie das Beispiel Deutschland zeigt, geht es jedoch nicht um eine Lohnsenkung um jeden Preis, sondern um angemessene – also an der Produktivitätsentwicklung ausgerichtete – Lohnabschlüsse. Diese bringen Jobs, Kaufkraft und Wirtschaftswachstum. Außerdem verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone.

Die Metropolen wachsen

Die Bevölkerung in Deutschland ist in den vergangenen beiden Jahren aufgrund der Zuwanderung aus Ost- und Südeuropa jährlich um etwa 100.000 bis 200.000 Einwohner gewachsen – zuvor, von 2003 bis 2010, war sie geschrumpft.

Parallel dazu hat es tiefgreifende regionale Veränderungen gegeben. Für die Generation Smartphone ist das Häuschen im Grünen offenbar kein Lebensziel mehr. In den 14 deutschen Großstädten mit mindestens 500.000 Einwohnern leben mittlerweile 16,5 Prozent der Bundesbürger – im Jahr 2000 waren es erst 15,5 Prozent.

Wachstumsstar ist die bayerische Hauptstadt München, deren Einwohnerzahl um knapp 14 Prozent auf fast 1,4 Millionen zulegte. Die Preissprünge auf dem Münchener Wohnungsmarkt sind schon von daher nicht verwunderlich.

Wenn alle Großstädte weiter wachsen wie in den vergangenen Jahren und immer mehr Studenten eine Bude suchen, dürften Wohnungsengpässe in der bayerischen Metropole und auch anderswo allerdings dazu führen, dass das Umland der Städte wieder attraktiver wird.



Die 14 deutschen Städte mit mindestens 500.000 Einwohnern



Beschäftigte: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Einwohner im Jahr 2025: IW-Szenarien; Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistiker der Städte

Berlin: Die Vier-Millionen-Marke rückt näher

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

Hamburg: Stabiles Hoch im Norden

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

**Einzelstädte:
Die fünf größten Städte und die größte Stadt der neuen Länder**

Beschäftigte: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Einwohner 2025: IW-Szenarien

München: Der Wachstumsmeister

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

Köln: Deutlich über der Millionengrenze

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

Frankfurt: Mainhattan lockt

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

Leipzig: Wachstum auch im Osten

Zahlen in 1.000, Veränderungen in Prozent



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistikämter der Städte

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 16

Von der Schwierigkeit, Ballast abzuwerfen

Bürokratieabbau. Trotz einiger Entlastungen kosten gesetzliche Auflagen und Bestimmungen die deutsche Wirtschaft nach wie vor viel Geld. Ein umfassender Abbau bürokratischer Vorschriften steht noch aus.

Im Jahr 2006 hat die Bundesregierung ein Programm zum Bürokratieabbau gestartet. Damit sollten die Kosten, die den Betrieben aufgrund administrativer Vorgaben entstehen, um ein Viertel reduziert werden – und zwar netto, also unter Berücksichtigung zusätzlicher finanzieller Lasten durch neue Gesetze. Um die Fortschritte zu überwachen, wurde eigens ein unabhängiger Normenkontrollrat eingesetzt (vgl. iwD 31/2012).

Inzwischen sieht sich die Bundesregierung am Ziel: Die Belastung der heimischen Wirtschaft durch die erfassten 9.500 bundesrechtlichen Gesetze und Verordnungen – dazu zählen auch jene, die europäisches Recht umsetzen – sei seit dem Jahr 2006

um annähernd 25 Prozent auf rund 38 Milliarden Euro gesunken.

Doch selbst bei dieser Lesart haben die Betriebe noch viel bürokratischen Ballast zu tragen (Grafik):

Allein die Abgabe der Steuererklärung ist für Unternehmen in Deutschland mit Kosten von rund 3,8 Milliarden Euro verbunden.

Vor allem aber klammern die genannten Zahlen viele administrative Folgekosten für die Wirtschaft aus – zum Beispiel jene, die auf landesrechtliche oder kommunale Vorschriften zurückzuführen sind.

Nicht erfasst sind auch sogenannte materielle Befolgungskosten; zum Beispiel Kosten für Produktionsanlagen, die die Betriebe anschaffen müssen, um neuen umweltrechtlichen Bestimmungen zu genügen.

Schließlich fehlen indirekte Bürokratiekosten – so müssen Betriebe beispielsweise Einstellungsverfahren umfangreich dokumentieren, um im Zweifelsfall belegen zu können, dass sie bei der Ausschreibung und Beset-

zung einer Stelle nicht gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßen haben.

Zwar gibt es Ansätze für Verbesserungen. So beschloss das Bundeskabinett im Dezember 2012, Regulierungsvorhaben der EU-Kommission künftig frühzeitig auf mögliche Belastungen für deutsche Unternehmen zu durchleuchten. Doch erfahrungsgemäß bleibt es oft bei Lippenbekenntnissen, während konkrete politische Vorhaben wie der allgemeine gesetzliche Mindestlohn zu neuen bürokratischen Hürden führen dürften.

Wissenschaftspreis Bürokratie

Wie funktionieren Bürokratien und wie beeinflussen sie die Freiheit der Wirtschaft und der Gesellschaft? Forscher, die sich mit diesen und ähnlichen Fragen auseinandersetzen, können sich um den neuen „Wissenschaftspreis Bürokratie“ bewerben. Die vom Gründungsdirektor des IW Köln, Dr. habil. Fritz Hellwig, anlässlich seines 100. Geburtstags im vergangenen Jahr gestiftete und mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird für fundierte Monografien und Publikationen vergeben, die in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen sind. Bewerbungsschluss für die erstmalige Preisverleihung im Frühjahr 2015 ist der 31. Dezember 2014.

Weitere Informationen:
Dr. Rolf Kroker,
 Leiter des Wissenschaftsbereichs
 Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik
 im IW Köln,
 Telefon: 0221 4981-750,
 E-Mail: Wissenschaftspreis-Bürokratie@iwkoeln.de

Ein Bürokratiemonster namens Steuerrecht

Die zehn administrativen Pflichten, die für Unternehmen mit den höchsten Kosten verbunden sind, in Millionen Euro

Abgabe der Steuererklärung	3.814
Jahres- und Konzernabschlusserstellung für Kapitalgesellschaften	3.557
Allgemeine Buchführung	3.536
Aufbewahrung von Rechnungen	3.222
Ausstellung von Rechnungen	2.514
Stichtagsinventur	1.980
Gewerbesteuererklärung	1.610
Körperschaftsteuererklärung	1.327
Beratungs- und Dokumentationspflicht für Versicherungsvermittler	928
Erklärung innersgemeinschaftlicher Lieferungen für Besteuerung	854

Stand: April 2013; Quelle: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwD 16

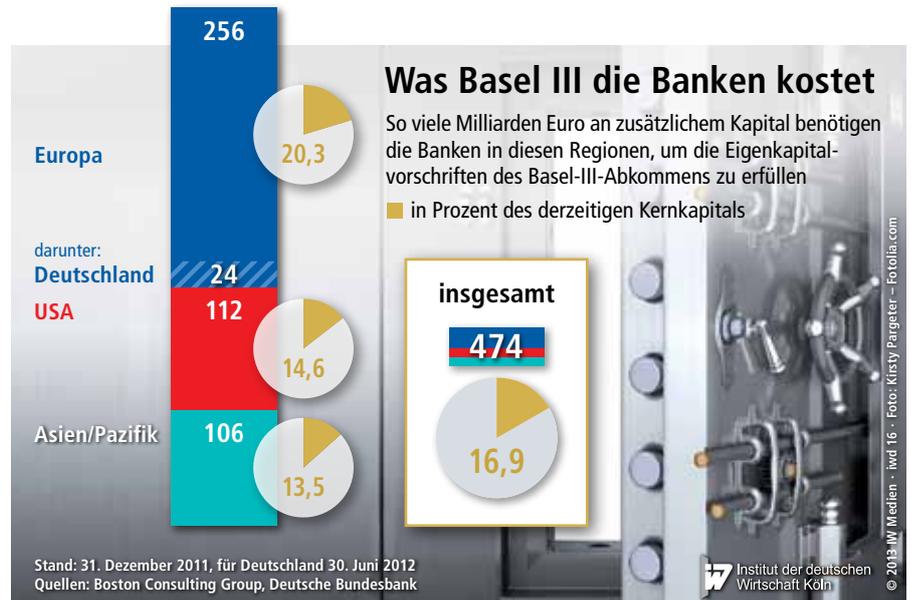
Gut, aber noch nicht gut genug

Bankenregulierung. Damit Kreditinstituten künftig nicht mehr die Pleite droht oder sie mit viel Geld gerettet werden müssen, will die EU die Eigenkapitalvorschriften für die Geldhäuser verschärfen. Doch auch wenn die vorgeschlagenen Regeln in die richtige Richtung weisen, gibt es noch einiges nachzubessern.

Das EU-Vorhaben basiert auf dem Reformpaket „Basel III“ des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Ein wesentlicher Bestandteil des Pakets sind höhere Anforderungen an das Eigenkapital – spätestens 2018 müssen die Banken mindestens 8 Prozent des nach Risiken gewichteten Vermögens – dieses umfasst beispielsweise Wertpapiere – als Eigenkapital vorhalten (Kasten). Erreichen die Banken die Kapitalquoten nicht, drohen Sanktionen bis hin zum Verlust der Lizenz.

Zu diesen Quoten kommen noch mehrere Kapitalpuffer hinzu, die beispielsweise in Rezessionen Verluste auffangen sollen. Insgesamt kann die geforderte Eigenkapitalquote damit bis zu 18 Prozent betragen. Für Banken, die als „systemrelevant“ eingestuft werden, liegt die Latte unter Umständen noch höher.

Darüber hinaus sieht Basel III vor, dass die Banken anhand mehrerer Kennzahlen ihre finanzielle Solidität belegen. Um etwa eine zu hohe Verschuldung zu vermeiden, soll das Kernkapital mindestens 3 Prozent der Summe aus Bilanzvermögen – z.B. Sachanlagen – und außerbilanziellen Geschäftspositionen – z.B. Kreditzusagen – betragen. Damit die Geldhäuser auch in Krisenzeiten



„flüssig“ sind, müssen die hochliquiden Mittel wie Bankguthaben oder Staatsanleihen mindestens so groß sein wie die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen.

Da sich alle 20 großen Industrie- und Schwellenländer verpflichtet haben, die Basel-III-Regeln umzusetzen, werden die Banken weltweit ihr Eigenkapital kräftig aufstocken müssen (Grafik):

Allein in Europa benötigen die Banken etwa 256 Milliarden Euro zusätzlich, um die Basel-III-Kriterien zu erfüllen.

Ob aber Basel III seine positive Wirkung in der EU vollständig entfalten kann, ist ungewiss. Zumindest sind die von Brüssel vorgesehenen Regeln verbesserungsbedürftig:

So gehen im EU-Vorschlag zum Beispiel – anders als bei Basel III vorgesehen – die Staatsanleihen aller Mitgliedsländer unabhängig von ihrer Bonität mit einem Risikogewicht von null in die Berechnung des Vermögens ein. Dabei bergen, wie die Euro-Schuldenkrise gezeigt hat, Staatsanleihen durchaus Ausfall-

risiken. Das gleiche Problem entsteht dadurch, dass die Banken eines Landes heimische Staatsanleihen ohne Einschränkung zu ihren hochliquiden Mitteln zählen dürfen. Und schließlich will die EU erst im Jahr 2016 prüfen, ob sie die Mindestkernkapitalquote von 3 Prozent überhaupt einführt.

Eigenkapitalquoten nach Basel III

Die Mindesteigenkapitalquote von 8 Prozent des nach Risiken gewichteten Vermögens setzt sich aus 4,5 Prozent hartem Kernkapital, 1,5 Prozent erweitertem Kernkapital und 2 Prozent Ergänzungskapital zusammen. Zum Kernkapital gehören dabei jene finanziellen Mittel, mit denen im laufenden Geschäftsbetrieb Verluste ausgeglichen werden können. Beispiele für hartes Kernkapital sind Stammaktien und Gewinnrücklagen, zum erweiterten Kernkapital zählen unter anderem Vorzugsaktien. Als Ergänzungskapital gelten Mittel, die im Insolvenzfall zusätzlich verfügbar sind – etwa langfristige nachrangige Verbindlichkeiten.

Fragwürdige Preisbremse

Emissionshandel. Die EU-Kommission will CO₂-Zertifikate künstlich verknappen, um höhere Preise beim Emissionsrechtehandel zu erzielen. Dem Klimaschutz dient die Maßnahme kaum.

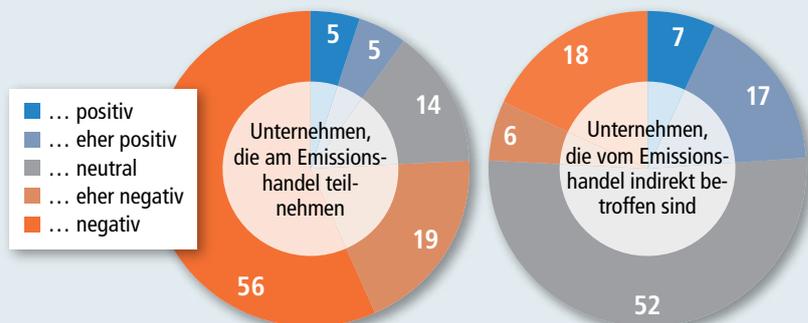
Seit ein paar Jahren purzeln die Preise für Emissionszertifikate: Die EU-weit rund 11.000 Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen, können ein Verschmutzungsrecht für eine Tonne CO₂ derzeit für weniger als 5 Euro erwerben – Mitte 2011 war es dreimal so teuer, 2008 mussten die Betriebe sogar fast das Sechsfache bezahlen. Um den Preisverfall zu stoppen, plant die EU-Kommission deshalb ein „Backloading“: Rund 900 Millionen Zertifikate, die eigentlich zwischen 2013 und 2015 hätten versteigert werden sollen, kämen dann erst 2019 und 2020 in den Handel.

Die deutsche Wirtschaft bewertet diese Idee allerdings überwiegend kritisch (Grafik):

Adressaufkleber

Emissionshandel: Firmen beurteilen EU-Pläne skeptisch

So viel Prozent der Umweltexperten aus der Wirtschaft bewerten den Vorschlag der EU-Kommission, die ab 2013 zu versteigernden CO₂-Zertifikate vorübergehend zu verknappen, ...



Befragung von 184 Umweltexperten in Unternehmen und Unternehmensverbänden im Januar 2013; indirekt betroffene Unternehmen: die z. B. von Strompreissteigerungen stark tangiert würden
Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 16

Drei Viertel der Unternehmen, die beim Emissionshandel mitmachen, stehen der Verknappung der Zertifikate negativ gegenüber.

Auch ein Viertel der Betriebe, die nur indirekt von der Verknappung betroffen sind, zeigt sich besorgt. Sie haben zwar keine unmittelbar höheren Kosten zu tragen wie die Anlagenbetreiber, die am Emissionsrechtehandel teilnehmen. Allerdings könnten höhere Zertifikatspreise den Strompreis verteuern, was viele Unternehmen treffen würde.

Auch unter Umweltaspekten ist die Zertifikateverknappung fragwürdig. Denn die europäische Emissionshandelsrichtlinie schreibt vor, dass bis 2020 in Europa 21 Prozent weniger CO₂-Treibhausgase ausgestoßen werden dürfen als noch 2005 – unabhängig davon, wann exakt die Zertifikate in den Handel kommen.

Nach Einschätzung der Wirtschaft dürften sich die Preise für die

Verschmutzungsrechte ohnehin stabilisieren: Im Jahr 2016, so schätzt die Hälfte der betroffenen Betriebe, wird ein CO₂-Zertifikat zwischen 10 und 20 Euro kosten. Bis dahin dürfte sich auch die Wirtschaft im Euroraum erholt haben – denn die Flaute gilt als ein Hauptverursacher des Überangebots an Zertifikaten.

Emissionsrechtehandel

Der Emissionshandel ist ein Instrument der Umweltpolitik, mit dem die Treibhausgasemissionen gesenkt werden sollen: Seit 2005 müssen energieintensive Unternehmen in Europa für jede Tonne CO₂, die bei der Produktion entsteht, ein sogenanntes Emissionszertifikat nachweisen. Die Gesamtmenge der Zertifikate – und damit eben auch die Menge an Treibhausgasen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums ausgestoßen werden dürfen – legt die EU fest. Der Zertifikatspreis wird durch die Nachfrage bestimmt.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.